

fanal

ANARCHISTISCHE MONATSSCHRIFT

HERAUSGEBER:
ERICH MÜHSAM

INHALT:

Barrikaden! — Nationale Einheit
(v. Rud. Rocker) — Geschlechtsnot der
Gefangenen — Die Sieger — Wieder-
aufnahmeverfahren — Eugen Leviné
zum Gedächtnis.

NR. 9

PREIS
40 Pfg.
(70 Gr.)

JAHRGANG 3

BERLIN

Juni 1929

Geschichtsfälschungen

dienen der Unterstützung von Parteidogmen und sind leider allgemein üblich geworden. Der Kampf um den Sozialismus kann nur geführt werden durch offene Kritik und wahrheitsgemäße Ueberlieferung des Geschehenen.

Die Geschichte der deutschen Revolution

wird von den marxistischen Parteien regelrecht verfälscht. Tapfere Kämpfer und Märtyrer der Freiheit werden aus Parteilichkeit zu Feiglingen und Renegaten gemacht, Fehler der eigenen Partei bemäntelt.

Es wird deshalb willkommen sein, eine Schilderung von Revolutions-Ereignissen zu lesen, die von einem unmittelbar Beteiligten geschrieben wurde, der seine Fehler und Irrtümer nicht verschweigt oder verfälscht.

Die Entstehung der bayerischen Räterepublik

die Haltung der Anarchisten in der bayerischen Revolution wird geschildert in der aufschlußreichen Broschüre von

Erich Mühsam: Von Eisner bis Leviné

Die Schrift enthält umfangreiches und der Oeffentlichkeit bisher unbekanntes Material! Sie gehört in die Hand eines jeden Genossen!

Umfang: 70 Seiten

Preis: 90 Pfg.

Zu beziehen durch den Buchhandel oder direkt vom

FANAL-VERLAG

ERICH MÜHSAM, Berlin-Britz 2, Dorchläuchtingstr. 48

F A N A L

ORGAN DER ANARCHISTISCHEN VEREINIGUNG
HERAUSGEBER ERICH MÜHSAM

Jahrgang 3

Nummer 9

Juni 1929

Erscheint monatlich. Preis: Einzelheft 40 Pf. Abonnement: halbjährlich Mk. 2,85 — jährlich Mk. 4,60. — Postcheck Berlin 82419. Bezug durch die Post, durch den Buch- und Straßenhandel und durch den Verlag. Zuschriften und Geldsendungen nur an den Herausgeber: ERICH MÜHSAM, Berlin-Britz, Dörrkuchtingstr. 48. Fernsprecher: F 2, Neukölln 8112.
Die nicht unterzeichneten Beiträge sind vom Herausgeber.

Barrikaden !

„Um die Versammlungsfreiheit für alle zu schützen, hat Berlins Polizeipräsident Zörgiebel, ein Mann aus der Arbeiterklasse und seit Jahrzehnten in der Arbeiterbewegung tätig, öffentliche Umzüge in Berlin am 1. Mai untersagt. Die freien Gewerkschaften und die sozialdemokratische Partei haben sich dieser Anordnung gefügt. Anders die Kommunisten. Sie, die durch ihr schamloses Treiben das Verbot erzwungen hatten, spielten sich nun plötzlich als Verteidiger der Freiheit auf.“ Also zu lesen in einer Kundgebung „An Deutschlands Arbeiterschaft!“ vom 2. Mai 1929, unterzeichnet vom Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und vom Vorstand der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion. Die Kundgebung beginnt mit den Worten: „Die Kommunisten haben erreicht, was sie wollten: Am 1. Mai, am Weltfeiertag der sozialistischen Arbeiter, haben in stundenlangen Kämpfen zwischen Kommunisten und Polizei viele Verletzte und eine Reihe Toter mit ihrem Blute das Pflaster Berlins gerötet.“ Dann folgen die Beispiele des „schamlosen Treibens“ der Berliner Kommunisten, die dem Zörgiebel den Schutz der Versammlungsfreiheit durch das Verbot von Mai-Umzügen in Berlin zur Pflicht machten, 14 an der Zahl, gesammelt in dem Zeitraum vom 18. Mai 1928 bis 27. April 1929. Von diesen 14 Beispielen schamlosen Treibens, die den Weltfeiertag der sozialistischen Arbeiter in Berlin von allen deutschen Städten nur in Berlin — zur Lebensgefahr für die Bevölkerung machten, betrifft ein einziges einen Vorfall in der Stadt Berlin: am 13. September sollen Kommunisten in der Friedrichstraße eine Gruppe Arbeitersamariter mit Schlagringen und Gummiknüppeln niedergehauen haben (der Fall ist nie ganz geklärt worden, verhielt sich aber bestimmt anders als die Herren behaupten). Drei weitere Fälle haben sich im Weichbilde Groß-

Berlins abgespielt, alle drei zwischen Rotfrontkämpfern und Hakenkreuzlern, wobei in Karlshorst und Pankow je ein Nationalsozialist, in Spandau ein Kommunist ums Leben kam. Die übrigen 10 Beweise dafür, daß in Berlin, nur in Berlin, die Straßen gesperrt werden mußten, folgern die sozialdemokratischen Oberhirten aus Begebenheiten, die sich in Hamburg, Barmbeck, Eimsbüttel, Glauchau, Welzow bei Kottbus, Hannover, Wöhrden in Schleswig-Holstein, Leinburg bei Nürnberg, Elberfeld und Frankfurt a. M. zugetragen haben. Hierbei — ich beziehe mich ausschließlich auf den Aufruf der sozialdemokratischen Vorstände (vgl. „Vorwärts“, Morgenausgabe vom 3. Mai) — handelt es sich um drei Vorgänge, bei denen Kommunisten mit Republikanern ins Gedränge geraten sind, in einem Fall (außer den genannten Groß-Berliner Zusammenstößen) betraf das „schamlose Treiben“ einen Raufhandel von Kommunisten mit Nationalsozialisten, die übrigen 6 Fälle, die den Zörgieblerlaß gegen die Berliner Kommunisten nach Ansicht seiner leitenden Parteigenossen nötig machten, sehen so aus: „Am 18. Mai 1928 wird in Eimsbüttel bei Hamburg der Reichsbannermann Genosse Geidorn von Nationalsozialisten niedergeschossen.“ „Am 21. Oktober 1928 überfallen Nationalsozialisten ein Arbeiterlokal in Welzow bei Kottbus. Der Arbeitersportler Alfred Scholz wird erschossen.“ „Am 14. Dezember 1928 kommt es in einer nationalsozialistischen Versammlung in Hannover zu einer regelrechten Schlacht mit Tischen, Stühlen und Messern. Zahlreiche Messerstiche. Drei Schwerverletzte.“ „Am 10. März 1929 überfallen Stahlhelmer eine Wirtschaft in Leinburg bei Nürnberg. Zwölf Personen wurden verletzt, einem Kriegsinvaliden wird der Bauch aufgeschlitzt.“ „Am 19. März 1929 schlagen Rechtsradikale zwei Reichsbannerkameraden in Elberfeld nieder.“ „Am 27. April 1929 wird ein Reichsbannermann in Frankfurt a. M. von Nationalsozialisten erstochen.“ Also: unter 14 von Parteigängern des Polizeipräsidenten sorgfältig ausgesuchten Vorfällen, die dessen Vorgehen nur gegen die Kommunisten und nur in Berlin rechtfertigen sollen, hat man 4 gefunden, die auf Berlin und Umgebung trafen, achtmal — waren — angeblich — Kommunisten beteiligt, zehnmal Rechtsradikale, endlich waren auch zehnmal Sozialdemokraten, Reichsbannerleute oder nur als Arbeiter bezeichnete Personen in die Zusammenstöße verwickelt, die, wären sie Kommunisten gewesen, bestimmt als solche angegeben wären.

Die regierenden Instanzen der sozialdemokratischen Partei schätzen also die Intelligenz ihrer Gefolgschaft so ein, wie ihre Erziehung sie werden lassen mußte. Weil in Elberfeld ein Reichsbannermann durch einen Nationalsozialisten umgebracht wird, müssen in Berlin — nur in Berlin — die Kommunisten — nur die Kommunisten — zum 1. Mai unter Ausnahmerecht gestellt werden!

Dem Dokument der politischen Stellen schließen sich der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund (Ortsgruppe Berlin), der Allgemeine freie Angestelltenbund (Ortskartell Berlin) und der Allgemeine Deutsche Beamtenbund (Bezirksausschuß Berlin), mit einer eigenen Kundgebung „An die Arbeiter Berlins!“ (in derselben Nummer des „Vorwärts“) an. Da wird denn, während noch am Wedding und in Neukölln stromweise das Blut von Straßenpassanten floß, in folgender Form die Weltgeschichte verzögert: „Der Verlauf der gewerkschaftlichen Maiversammlungen und der gänzliche Mißerfolg der angekündigten kommunistischen Demonstrationen hat gewissen verantwortungslosen Stellen nicht gefallen. Ihre Hoffnungen haben sich nicht erfüllt. Am Abend des 1. Mai wurden daher an einigen Stellen Zusammenstöße mit der Polizei provoziert, die einen blutigen Ausgang und eine Anzahl Toter und Verwundeter hatten. Dafür ist die Kommunistische Partei Deutschlands verantwortlich zu machen, die durch ihre wochenlange Hetze in der „Roten Fahne“ den Boden dafür vorbereitete.“ Das schamlose Treiben der Berliner Kommunisten, das, wie gezeigt, zur Hauptsache in Keilereien zwischen Hakenkreuzlern und Reichsbannerleuten irgendwo weit in der Provinz bestand, sowie der gänzliche Mißerfolg der Demonstrationen, bei denen die Kommunisten dennoch erreicht haben, was sie wollten und welche die Hetze der „Roten Fahne“ zur Ursache und einen blutigen Ausgang mit Toten und Verwundeten zur Folge hatten, führte an dem Tage der Veröffentlichung dieser beiden Aufrufe der sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Schützer der Versammlungs- und Pressefreiheit zum Verbot der „Roten Fahne“ durch den sozialdemokratischen Berliner Polizeipräsidenten, wenige Tage darauf zur Auflösung des Rotfrontbundes in Preußen durch den sozialdemokratischen Innenminister Grzesinsky und unmittelbar nachher zum Verbot dieser Organisation im ganzen Reich auf Veranlassung und unter Druck des sozialdemokratischen Reichsinnenministers Severing. Darauf folgte noch für die Pfingsttage die Verhängung des nur für die Kommunistische Partei, ihre Presse und die ihr nahestehenden Organisationen geltenden schweren Belagerungszustandes in Hamburg durch den zu 50 Prozent aus Sozialdemokraten bestehenden Senat und den sozialdemokratischen Polizeipräsidenten Schönfelder. „Um die Versammlungsfreiheit für alle zu schützen.“

Der Aufwand sozialdemokratischer Manneskraft gegen die Kommunisten legt den Gedanken nahe, die Berliner Mai-Vorgänge hätten ihren Ursprung in dem Wunsche der von so tiefer Entrüstung erfüllten Partei- und Gewerkschaftsführer sozialdemokratischer Färbung, mit Hilfe ihrer die hohen Staatsposten zierenden Organisationsbrüder den sehr unbequem gewordenen Rivalen, die in all ihrem Tun den total verspießerten Arbeitern die Erinnerung an die bessere

Vergangenheit der Sozialdemokratie erweckten, einen empfindlichen Schlag zuzufügen. Das ist zum Teil auch der Grund des ganzen Handels. Die jammervolle Politik der Sozialdemokraten als Machtinhaber im Staate, ihr vollkommener Verrat an restlos allem, was sie je zum Stimmenfang der eine Zukunft in Sozialismus und Freiheit erträumenden Proletarier beschworen haben, mußte sie selbst um die Gefolgschaft ihrer Wähler besorgt machen. Seit der Hermann Müller neuerdings Reichskanzler ist und der Hilferding die Finanzen verwaltet, haben sie wahrhaftig wenig Anlaß mehr, ihre sozialistische Sendung unter Berufung auf Leistungen anzupreisen. Nie ist das Reich unbekümmerter um Arbeiterinteressen regiert worden als gegenwärtig: Panzerkreuzer und Wehrprogramm, Steuerpolitik, Arbeitslosenproblem, Volksernährung und Kulturfragen — alles ohne Ausnahme ist unter sozialdemokratischer Leitung in beispiellos unsozialer Weise nur nach den Wünschen der Kriegstreiber und der Nutznießer der kapitalistischen Rationalisierung der Produktion zu rechtgebogen worden. Die Parteikommunisten, die mit ihrer schwankenden, wenig grundsatzfesten und ganz von außen her bestimmten Politik, die mit ihren inneren Zwistigkeiten zumal seit langem das Vertrauen breiter Arbeiterschichten verloren haben, machten sich die täglichen Selbstentlarvungen der Sozialdemokraten als Handlanger und Büttel der gewissenlosesten Volksauswucherung zunutze und lebten überhaupt nur noch von den reaktionären Taten der Nachbarn zur Rechten.

Die leichte Linkswendung, die sie seit kurzem vollzogen haben, und die sich besonders in ihrer nicht mehr völlig statutenfrommen Gewerkschaftspolitik bemerkbar machte, hat ihnen manche schon entfremdeten revolutionären Kräfte wieder zugeführt, wenngleich die Halbheit der Schwenkung bei unverändertem Parlamentsopportunismus, bei Fortdauer des „Einheitsfront“-Getöses und bei blinder Unterwerfung unter die rein von russischen Staatsinteressen diktierten Moskauer Befehle den Verlust an Ansehen beim besten und aktivsten Teil des Proletariats nicht wettmachen konnte. Immerhin zeigten die Betriebsrätewahlen deutlich genug, daß den Sozialdemokraten da, wo die Arbeiter glauben, noch Klasseninteressen aus eigener Stoßkraft wahren zu können, die Felle wegschwimmen. Dazu kam der ungeheure Prestigeverlust der Gewerkschaftsführung durch die andauernde Preisgabe der Arbeiterforderungen in Lohnkonflikten, die wüsten Schlichtersprüche, mit denen sozialdemokratische Funktionäre die Industriesklaven immer wieder den Profitsprüchen des Kapitals opferten, zuletzt der scheußliche Verrat des großen Streiks im Hennigsdorfer Walzwerk, wo gegen den Willen der gesamten Belegschaft die Gewerkschaft eine elende Schiebung veranstaltete, den Streik für beendet erklärte und als trotzdem weiter gekämpft

wurde, mit einer Horde von Streikbrechern, die ausschließlich aus freigewerkschaftlich organisierten Leuten bestand, den Sieg der Unternehmer sicherte. So geriet die unbedingte Autorität der sozialdemokratischen Drahtzieher bedrohlich ins Wanken, der laute Wortradikalismus der Kommunisten schuf unerwünschte Stimmungen, und da sowohl die sozialdemokratische als auch die parteikommunistische Lehre Gehorsam und Disziplin für die Grundpfeiler aller Proletariertugend hält, lag es nahe, die höchste Autorität zu bemühen und mit den Mitteln der staatlichen Macht zurückzugewinnen, was die eigene Fähigkeit nicht zu halten gewußt hatte.

Das Verfahren, die öffentliche Gewalt in Anspruch zu nehmen, um die Arbeiter dem Willen ihrer „sozialistischen“ Schulmeister gefügig zu machen, ist für die deutsche Sozialdemokratie nicht neu. Schon im Kriege erbaten und erlangten die patriotischen Durchhalter um Ebert und Scheidemann die Hilfe der kaiserlichen Militärgouverneure, um den „Vorwärts“ in Berlin, den „Volksfreund“ in Braunschweig und andere oppositionelle Blätter den Unabhängigen wegzunehmen und den unverdrossenen Kriegsanleihewerbern, den Fanfarenbläsern für unbeschränkte U-Bootmäßigkeit und Ludendorfferei, den unabkömmlichen Siegesherolden, den Hurraschreiern und Jassagern zu den Friedensdiktaten von Brest-Litowsk und Bukarest (gegen die das Schandwerk von Versailles noch harmlos ist) in die Hände zu geben. Als diese Sozialisten dann unsere Revolution hatten geschehen lassen müssen und sich zu ihrer Abwürgung und gleichzeitigen Ausbeutung in die Amtssessel geschlichen hatten, da diente ihnen die gesamte Staatsmacht überhaupt nur zur Niederhaltung und Niederknüppelung der Arbeiter, die ihre früheren Deklamationen von revolutionärem Klassenkampf und von der Befreiung des Proletariats ernst genommen hatten. Da waren sie es mit ihren Noskes, Schneppenhorsts, Wels, Hörsings, Severings, die den Lüttwitz und Ehrhardt, den Oven, Merker, Pabst und Epp alle Vollmachten gaben, das verrottete Landsknechtum der marodierenden Soldateska aus revolutionär entflammten Sozialisten Leichenhaufen über Leichenhaufen schichten zu lassen. Und die Vorläufer des Zörgiebel waren es, die die Bezwiner des Kapp-Putsches von den Kapp-Putschisten niederwerfen und massenhaft massakrieren ließen; Severing war es, der die Rote Armee im Ruhrgebiet mit dem Bielefelder Abkommen zur Preisgabe des Kampfes bewog, das einfach von der Regierung gebrochen wurde. Im mitteldeutschen Aufstand waren es die Sozialdemokraten Hörsing und Severing, die die Staatsmacht gegen die Arbeiter wüten ließen und als 1923 die Hitlerbanden aufstanden, um von München nach Berlin zu ziehen, da überließen die sozialdemokratischen Regierer den Sieg über den besoffenen Faschismus dieser Abenteurer den bayerischen Partikularisten, während die

Sozialdemokraten Ebert und Sollmann die Staatsgewalt aufboten, um die gequälte Arbeiterschaft in Ostpreußen und Hamburg von den Roßbach und Feme-Schulz entwaffnen und gefangen setzen zu lassen und dem General Seeckt die gesamte öffentliche Exekutive auszuliefern, der damit ausgestattet Sachsen und Thüringen brandschatzen ließ, die nach parlamentarisch-demokratischen Grundsätzen eingesetzten Regierungen, die aus Sozialdemokraten und Kommunisten bestanden, verhaftete und der Ämter entthob und also „Ruhe und Ordnung“ herstellte. Zu jener Zeit aber herrschte im Berliner Polizeipräsidium der sozialdemokratische Barmaterialist Richter, der sich, wie jetzt Zörgiebel, von der bürgerlich-demokratischen Presse vorwerfen lassen mußte, seine Amtstätigkeit sei „unerträglich reaktionär“. Auch dieser „Mann der Arbeiterklasse und seit Jahrzehnten in der Arbeiterbewegung tätig“ sah seine Aufgabe zur Hauptsache darin, den linken Sozialisten aller Richtungen die richtige Politik mit den Gummiknüppeln und Maschinengewehren monarchistischer Ordnungshüter beizubringen.

Es wäre bei alledem doch nicht richtig, das Bestreben der Sozialdemokratie, die revolutionäre Nachbarschaft in Blutbädern zu ersäufen, allein auf Konkurrenzneid innerhalb der Arbeiterbewegung zurückzuführen. Viel stärker fällt ins Gewicht, daß man in den Bezirken der sozialdemokratischen Bonzenschaft die Besetzung von Staatsstellen schon für die „Eroberung der politischen Macht“ hält und daher die Warmhaltung der einmal eingenommenen Plätze als erheblich wertvoller einschätzt als die Hütung verstaubter Grundsätze. Die Erlaubnis, Beamtenposten zu bekleiden, hängt aber für die Ebert, Müller, Hilferding und Zörgiebel vom Wohlwollen der besitzenden und daher wirklich machthabenden Kreise ab und dieses Wohlwollen von der Tüchtigkeit der Vertrauensleute im Dienste des kapitalistischen Geschäftes. „Wären die deutschen Behörden nicht so vernagelt“, schrieb ich im August 1912 im KAIN, „den sozialdemokratischen Staatspositivisten den Eingang zu den Verwaltungsämtern zu versperren, so hätten sie längst die Erfahrung gemacht, daß sie in ihnen die pflichttreuesten Hüter der kapitalistischen Einrichtungen besäßen.“ In den Jahren 1914—1918 erwies sich die internationale, revolutionäre, völkerbefreiende Partei, da es ihr verboten war, ihr konterrevolutionäres Herz in revolutionäre Phrasen einzupanzern, aller Welt auch ohne Amt als pflichttreueste Nachwächterin des Kapitals. Schon damals gab sie sich zum Denunzianten her gegen alle, die der Arbeiterschaft noch eigene Aufgaben zu stellen versuchten, lieferten Beteiligte am Januarstreik den Schergen Wilhelms II. aus, und Herr Ebert selig hat sich ja Jahre später noch mit bestem Erfolg um den Beweis bemüht, das er wahrhaftig immer mit der herrschenden Klasse gehalten habe, die es nicht sei,

welche ihm Verrat vorwerfen dürfe. Was sie nachher getrieben haben, als ihnen die Junker und Generäle geholfen hatten, die Revolution zu unterdrücken und ihnen einstweilen auch noch erlaubten, das Land für die Wiederaufrichtung ihrer Vorrechte reif zu regieren, wird hoffentlich einmal der Fortsetzer des Mehringschen Werkes in einer Geschichte der deutschen Sozialdemokratie von der Kehrseite betrachten. Da wird dann in hunderten von Beispielen zutage treten, wie die Sozialdemokraten alle Politik als Machthaber immer nur auf den Nachweis hin betrieben, daß ihnen kein Reaktionär mißtrauen dürfe, daß sie absolut keine Bedenkllichkeiten walten ließen, wenn Arbeiteransprüche abzuwehren seien, daß sie gewiß keine andern Methoden, wenigstens keine milderen anzuwenden gedächten als die robustesten Leute des kaiserlichen Regimes und daß es ihre Noskes mit jedem Gallifet, ihre Eberts mit jedem Mussolini, ihre Hilferdings mit jedem Stinnes und erst recht ihre Zörgiebels mit jedem Jagow aufnehmen könnten. Daraus erklärt es sich auch, daß die Kapitalisten, nachdem sie einmal die Müllers und Bauers verjagt hatten, immer dann doch wieder sozialdemokratische Regierungen zulassen, wenn besonders arbeiterfeindliche Maßnahmen durchgeführt werden sollen. Ebenso überläßt man diesen von keinerlei Gesinnungs-Vorurteil behinderten „Sozialisten“ gern Dinge, an denen sich Nationalisten nicht gern die Finger verbrennen. Haben sie der Reaktion soweit vorwärts geholfen, daß das weitere von ihren eigenen Funktionären geleistet werden kann, dann werden die Sozialdemokraten beiseite gestellt und dürfen eine Zeitlang „Opposition“ markieren. Es sei darauf aufmerksam gemacht, daß es, seit dieser sonderbare Staat Republik heißt, noch keine Reichsregierung gegeben hat, in der die Sozialdemokratie vertreten war, die nicht dauernd oder vorübergehend den Belagerungszustand verhängt hätte. Die augenblicklich schaltende Obrigkeit, der der Hermann Müller den Namen gibt, wäre die erste, die es ohne ihn schaffte, wenn es nicht noch anders kommt. Aber gerade die gegenwärtige Regierung leistet sich, bis jetzt unter Verzicht auf den Artikel 48, tollere Stücke der reaktionären Politik als jemals eine vor ihr. Es ist sehr wahrscheinlich, daß die Ereignisse in Berlin veranstaltet worden sind, um an sie den Belagerungszustand anzuschließen, und daß davon vorerst nur abgesehen wurde, weil sich herausgestellt hat, daß die deutsche Arbeiterschaft schon dermaßen weich geprügelt ist, daß sie sowieso zu allem still hält.

Die Gründe für die Maimorde sind im Wesentlichen außenpolitischer Natur. Die Pariser Reparationskonferenz legte den Wunsch nahe, als möglichst armseliger Schuldner vor die Gläubiger zu treten und darum die Sicherheit und Ordnung nach dem verlorenen Kriege, der schrecklichen Revolutionsgreuel und der Inflationspleite

als noch ganz unverbürgt zu erweisen. Gleichzeitig wünschte man sich vor den Weststaaten dadurch beliebt zu machen, daß man die deutsche Energie gegen den „Bolschewismus“ mal wieder zur Schau stellen wollte, worunter zur Abwechslung die russische Staatspolitik gemeint war. Es ist nämlich gar kein Zweifel, daß in dem Dauerkonflikt zwischen den deutschen Nationalisten, deren einer Teil östliche Orientierung verlangt, um mit Rußland gemeinsam den Revanchekrieg am Rhein zu führen, der andere britisch-französisch orientierte Teil Oberhand gewonnen hat, dem der Gedanke näher liegt, Deutschland als Durchmarschgebiet zur Verfügung zu stellen, wenn die Auseinandersetzung zwischen England und Rußland um die Vormachtstellung im nahen und fernen Orient kriegsreif ist. Um den Pariser Reparationsforderern die Zuverlässigkeit in dieser Frage vor Augen zu führen, war ein kommunistischer Aufstand erwünscht, für den die russische Regierung verantwortlich zu machen und der in Blut zu ersticken wäre.

Die Dinge sind nicht ganz programmgemäß verlaufen. Die Orzesinskys und Zörgiebels haben es zu dumm angefangen. Außerdem haben die Parteikommunisten nicht mehr den Einfluß auf größere Massen, der zu der sozialdemokratischerseits gewünschten Abwicklung der Operation erforderlich gewesen wäre. Die polizeilichen Vorbereitungen zum Mai-Blutbad liefen freilich weit genug zurück. Das in seiner Sinnlosigkeit erst durch die eingangs zitierte Kundgebung der Sozialdemokraten recht erkennbare Demonstrationsverbot für Berlin — von dem man bei der Beerdigung des Fliegers Hünefeld für den Stahlhelm schon eine Ausnahme zugelassen hatte — blieb monatelang bestehen, obgleich weit und breit kein Grund dafür zu erkennen war. Zum 1. Mai schien es selbstverständlich, daß es aufgehoben würde, weil es bei der Traditionsfreudigkeit der deutschen Arbeiterschaft, die zu ihren Maifeiern stets in geschlossenen Zügen aufmarschiert ist, ausgeschlossen war, es durchzuführen. Hatten doch die Sozialdemokraten selbst immer mit Stolz daran erinnert, wie sie ihre Mai-Umzüge auch gegen die Verbote der reaktionärsten Polizeipräsidenten und trotz der Säbelattacken etwa unter Jagow 1908 zustande brachten. In der Tat wurde für ganz Deutschland das Demonstrationsverbot zum 1. Mai aufgehoben, sogar in München, da sonst Zusammenstöße völlig unvermeidlich gewesen wären. In Berlin aber verbündeten sich die sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftsführer mit dem sozialdemokratischen Polizeipräsidenten zu der Verkündung ans Proletariat, daß die Staatsautorität höher stehe als alle Arbeiterforderungen zusammengekommen, und das Verbot blieb bestehen.

Ob die Stampfer, Wels, Leipart, Zörgiebel sich ihrer Rolle als ausführende Organe der Schlacht und Vöglers bewußt waren oder

ob sie nur willenlose Marionetten an den Schnüren ihnen selbst verborgener Drahtzieher sind, kann ich nicht beurteilen. Jedenfalls waren sie froh, etwas unternehmen zu können, was den Kommunisten Schaden tun mußte. Denn so schwachsinnig ist nicht einmal ein leitender Sozialdemokrat, daß er nicht voraussehen mußte, wie sich die Kommunisten auf das Straßenverbot am 1. Mai verhalten würden. Sie konnten ja garnicht anders als zur Nichtachtung des Verbotes aufzurufen. Mögen die unter sozialdemokratischer Führung trottsenden Arbeitermassen schon so geknechtet, so willenlos, so verbürgert und seelisch entmannt sein, daß sie selbst ihre Maifeier Polizeikommandeuren zur Regelung überlassen, — die Kommunisten wußten, daß ihnen noch ihr letzter Anhang revolutionär empfindender Proletarier abspringen würde, wenn sie sich mit der Ungeheuerlichkeit widerstandslos abfänden und denen, die auf jeden Fall demonstriert hätten, die Weisung gäben: Fügt euch! Sie forderten also auf, wie immer am 1. Mai auf die Straße zu gehen und betonten noch, daß „unbewaffnet“ zu demonstrieren sei (eine sehr überflüssige Einschränkung der Aufforderung, da die deutschen Arbeiter dank Noskes und der Zörgiebel-Vorläufer segensreichen Tätigkeit ohnehin allen Waffenbesitz den Völkischen überlassen haben und wer doch noch einen Browning hat und mitnehmen will, sich davon nicht von Bonzenparolen zurückhalten läßt.)

Was von den verbündeten Industriellen, Parisreisenden, Reichs- und Preußenregierungen, Berliner Polizeigewaltigen, sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Vortänzern geplant wurde, kam zum Vorschein, als die Regie der publizistischen Einleitung der Aktion in Erscheinung trat. Herr Künstler, wenn abgewiegelt werden soll, Schmalmeienbläser der linken Opposition, wenn aufgewiegelt werden soll, rabiatester aller Kommunistenfresser in der sozialdemokratischen Partei, erfuhr von zuverlässiger Seite, daß Thälmann mindestens 200 Tote haben wolle, und der „Vorwärts“, vom Kriegspressequartier in langjähriger Praxis ans Giftmischen gewöhnt, flehte seinen Zörgiebel an, nur feste Bürgerkrieg zu machen, damit um Gotteswillen kein Blut fließe. Dann kam der 1. Mai. Abgesehen von den Mitgliedern der „freien“ Gewerkschaften, deren Gemütsart der der Hennigsdorfer Streikbrecher entspricht, — wir sind wohl so weit, daß das die Mehrzahl ist — und abgesehen von den herzverfetteten Spießern unter den Arbeitern, die lieber ins Grüne fahren als die Grünen in Berlin zu sehen, zogen die Proletarier, die sich noch als Klasse zusammengehörig fühlen und die unter Sozialismus etwas anderes verstehen als die „Staatsautorität“, die ein Zörgiebel zu beschützen hat, friedfertig und keineswegs herausfordernd in losen oder verbundenen Gruppen durch Berlin. Die Schupo machte sich von früh auf zu schaffen, jagte in Ueberfallautos in den Straßen

herum, sprang ab, verprügelte mit ihren Knuten Frauen, Kinder, Greise, Krüppel, mit Vorliebe auch Juden, sprengte mit dem Rufe, den die Arbeiter als Stichwort für den Tag gewählt hatten, „Straße frei am ersten Mai!“ marschierende Trupps auseinander, verhaftete auf Teufel komm raus alles, was ihrem Heldentum mit mangelnder Bewunderung zusah und „machte von der Waffe Gebrauch“, das heißt, sie schoß in fliehende Haufen hinein, wobei den Oberen wie den Unteren der Staatsretter in hassendem Eifer der Geifer aus den Lefzen rann. Es war erhebend. Am ersten Tage aber betrug die Strecke 9 Tote.

In den Gegenden Berlins, in denen noch erheblichere Teile des Proletariats die Erinnerung an sozialistische Bestrebungen der Arbeiterschaft bewahren, hauptsächlich am Wedding und in Neukölln, verursachte das Wüten der Polizei-Soldateska die größte Empörung. Arbeiter und Arbeiterinnen standen in erregten Gruppen beisammen, — allerdings nicht lange. Denn wo sie beisammen standen, rannten, rollten und ritten Staatsschützer zwischen sie, schlugen und schossen hinein und schleppten wahllos fort, was sie an Lebewild einfangen konnten. Gegenwehr fanden sie fast gar nicht, da dem Straßenpublikum ja keine Panzerwagen und keine Handgranaten gegen ihr reiches Kriegsgeschirr zur Verfügung stand. Man suchte sich also so gut es ging zu schützen und tat das richtigste was zu tun war: man hinderte die Grünen an der Verfolgung der Arbeiter bis in ihre Wohnungen. Dazu wurden die Straßen verdunkelt und die gefährdeten Straßenzüge verbarrikadiert. Es ist weder wahr, daß nur ein paar Latten über die Dämme geworfen wurden, noch ist es wahr, daß Barrikadenkämpfe stattgefunden hätten. Wahr ist, das starke, hohe Barrikaden errichtet wurden, deren Wegräumung des Nachts bei abgeblendetem Licht völlig unmöglich war, so daß die Führer der Polizeiautos und Panzerwagen tatsächlich darauf verzichten mußten, die Straßen zu befahren und unter Feuer zu nehmen, in denen sie der Staatsautorität minder ergebene Arbeiter wohnen wußten. Mehrere Nächte hindurch tobte sich die Ordnungswut sozialdemokratisch dirigierter Polizeioffiziere und Mannschaften in Neukölln aus, indem blindlings geknallt wurde. Alte Frauen wurden von den Balkons heruntergeschossen, ein australischer bürgerlicher Journalist wurde erlegt, sozialdemokratische Wähler wurden zum Tode befördert, und als man sich den Gesamterfolg der Zörgiebelelei besah, da hatte Berlin 27 Einwohner weniger, dafür bekamen die Chirurgen in den Krankenhäusern zu tun und ein „Schnellrichter“ erhielt Gelegenheit, Proletarier, die dem Zörgiebel-Sozialismus nicht das genügende Verständnis entgegenbrachten, sozusagen am laufenden Band nach Plötzensee zu befördern.

Gottseidank hat die hohe Polizei keine Verluste zu beklagen.

Zwar berichtete Schmock, die Verbrecher, die die Schande der Arbeiterklasse so weit getrieben hatten, daß sie sogar Barrikaden bauten, hätten nicht weniger als 14 Gewehre den Polizisten grade-
weg aus den Händen geschossen. Es ist ein Jammer, daß man diese Verbrecher nicht erwischte hat. Sie hätten die sicherste Aussicht, von jedem Zirkus als Kunstschützen engagiert zu werden, da ihnen das Herausschießen der Gewehre gelang, ohne die Träger zu verwunden. Auch sonst müssen diese Schurken ungewöhnlich geschickt gewesen sein. Bekanntlich lügt die Polizei nie, und der „Vorwärts“ ist erst recht ein Born lauterster Wahrheit. Also hat es Dachschützen gegeben, die von oben herunter die grünen Kämpfer für die republikanische Versammlungsfreiheit aus Maschinengewehren beschossen. Zwar haben die Maschinengewehre nicht weh getan, denn die Kunstschützen haben damit keinen Schupomann verwundet, aber sie hatten ein Verfahren entdeckt, die Dinger unsichtbar zu machen. In den betreffenden Straßen wurde jedes Haus umstellt und bis in die verborgensten Winkel durchsucht. Aber die Zörgiebel-Schützen konnten kein einziges Maschinengewehr der Hausgiebel-Schützen finden, während ihnen doch Totschläger, Schlagringe, ein paar alte Trommelrevolver und Jagdflinten und sogar mehrere verrostete Seitengewehre in die Hände fielen. 5 Tage lang war die Gegend um die Kösliner Straße am Wedding und zwischen Hermann- und Berliner Straße in Neukölln militärisch verriegelt. Kam man abends ins Kriegsgelände, so gab es zwar keine Arbeiteransammlungen, aber geschossen wurde kräftig, so lange wie die Polizei die Gegend sicher machte. Außer ihr schoß niemand.

Die demokratische Presse hat zum großen Teil sehr verwunderte Kommentare zu den heldischen Uebungen der Staatsgewalt gebracht. Doch hat die Sozialdemokratie sich in schöner Solidarität neben alle gestellt, die der Maifeier den Sinn gegeben haben, die sie von nun an hat: Schutz der Staatsautorität gegen Arbeiteransprüche! Herr Zörgiebel ist in eigener Person vor gewerkschaftlich organisierte Arbeiter getreten und hat ihnen erklärt, daß er sehr zufrieden ist mit sich, Herr Grzesinsky hat die Opfer des Unternehmens schuldig gesprochen und sich zu Zörgiebel und seinen Grünen bekannt, Herr Severing hat den an dem Handel als Organisation gar nicht beteiligten Rotfrontbund im ganzen Reich auflösen lassen und der „Vorwärts“ stellt Tag für Tag von neuem fest, daß Barrikadenbauer Verbrecher sind, daß Arbeiter, die der Staatsautorität der Pfründenbonzen keinen Respekt entgegenbringen, Janhagel sind. Auch hat der „Vorwärts“ jetzt ermittelt, daß Barrikaden und Revolution gar keinen Sinn mehr haben, da die einzigen Forderungen, die eine Revolution je gerechtfertigt haben, schon im März 1848

erhoben und im November 1918 von der deutschen Sozialdemokratie erfüllt worden seien.

Und die Arbeiterschaft in ihrer Gesamtheit? O, die hat sich um die Mai-Ereignisse nicht viel gekümmert. Zwar rief die Kommunistische Partei sie erst zu einem 24 stündigen Proteststreik auf und am Tage der Beisetzung der Toten zu einer Arbeitspause von einer halben Stunde. Aber befolgt wurde die Parole fast nirgends, worauf der „Vorwärts“ nicht wenig stolz ist. Er hat viel Grund zu diesem Stolz. In jedem Lande der Welt hätte das gesamte Proletariat ohne Aufforderung irgend einer Organisation von sich selbst aus die Arbeit hingeworfen, bis mindestens die Hauptschuldigen an dem blutigen Verbrechen aus ihren Aemtern gejagt wären. Bei uns darf am Tage nach der Schandtat der Zörgiebel unter Arbeiter treten und denen, die zu seiner Maifeier-Aktion still gehalten haben, eine gute Zensur geben. Bei uns darf dieser selbe Zörgiebel einen Filmstreifen, der die Arbeiter rechtfertigt, die Grünen in ihrer Arbeiterfeindlichkeit überführt, durch einen Wink, daß doch eben er die Staatsautorität sei, unterdrücken. Bei uns ist es sogar möglich, daß am Sonntag nach dem Mord, während die Arbeiterbezirke unter verschärftem Ausnahmezustand gehalten wurden und einem Heerlager kriegsbegeisterter, bis an die Zähne bewaffneter Landsknechte glichen, während die Gemordeten noch nicht unter der Erde lagen, Arbeitersportler, Jugendliche aller, selbst linksrevolutionärer Organisationen mit lautem Freudenhallo auf Lastautos durch die Straßen fahren, um sich zu amüsieren. So gleichgültig ist unserm Nachwuchs die Tatsache, daß in Berlin unter „sozialistischen“ Regierungsgewalten die Arbeiter gezwungen werden, ihr Leben durch Verbarrikadierung der Straßen zu verteidigen.

Wie konnte es dahin kommen? Die fürchterliche marxistische Erziehung des deutschen Proletariats trägt die Schuld. Man hat „historisch-materialistisch“ denken gelernt und weiß also, daß Hilferding als Finanzminister die Reichskasse auch nur mit einer 500-Millionen-Anleihe bei den Banken auffüllen kann, die ein ungeheures Geschenk für das Finanzkapital auf Kosten des Arbeiters ist. Was man so schön erklären kann, braucht einen nicht aufzuregen. Im übrigen ist es Zeit, die falsche Politik der Staatsverwalter zu kritisieren, wenn es wieder ans Wählen geht. Da müssen eben die richtigen Arbeitervertreter ins Parlament, die den Verrätern die Maske vom Gesicht reißen. Na, und dann war ja die Jungsportler-Vergnügungsfahrt von den Führern nicht abgesagt worden. Deren Sache ist es doch, das Richtige anzuordnen. Die deutschen Arbeiter tun diszipliniert, was ihre Zentralen von ihnen verlangen. Warum dann die Proteststreik-Parole der Kommunisten nicht befolgt worden ist? Sehr einfach. Dieselben Kommunisten, die die Parole ausgegeben

haben, verlangen ja von ihren Parteigängern, daß sie Mitglieder der freien Gewerkschaften sein müssen. Die freien Gewerkschaften aber haben eine andere Zentrale, und die verlangt das Gegenteil. Dies aber ist die stärkere und mächtigere Zentrale, und wer daran gewöhnt ist, Befehlen von oben zu gehorchen und in jeder eigenen Initiative Verrat und Insurbordination zu verachten, für den bricht Reichsrecht Landesrecht, was übertragen bedeutet, Gewerkschaftskommando geht über Parteikommando.

Barrikaden! Früher einmal ließ das Wort jede revolutionäre Brust höher atmen. Heute wachsen aus dem Berliner Pflaster Barrikaden, und Arbeiter lesen gemütsruhig in ihrer Parteipresse, daß nur Janhagel Barrikaden gegen die Staatsautorität errichten könne. Zum Teufel, Genossen, so seien wir Janhagel! Bauen wir Barrikaden in unserm Bewußtsein: Barrikaden gegen die Staatsautorität wie gegen jede Autorität, auch gegen die von Parteiführern und Gewerkschaftssekretären! Barrikaden gegen die Doktrinen, die mit faulen Erklärungen von Zeiterscheinungen den Kampf gegen die Zeiterscheinungen erwürgen! Barrikaden gegen die Einbildung, der Arbeiter sei deshalb, weil er sich ausbeuten läßt, was besseres als der Bürger. Nein, die Unterscheidung bürgerlich und proletarisch stimmt ja gar nicht mehr. Es ist ja nicht wahr, daß der „Vorwärts“ ein proletarisches Blatt wäre und daß seine Leser, weil sie tagüber am Schraubstock stehen, keine Bürger seien. Bauen wir Barrikaden nicht gegen die Klasse der Besitzenden allein, sondern gegen alle ihre Helfer, gegen alle, die sich wohl fühlen in dem Pfuhl der Korruption dieser Zeit, gegen die Geschäftemacher in der Arbeiterbewegung, gegen die Einschläferer des revolutionären Gewissens und gegen die verfluchten Taktiker und Manöverierer, die nichts sind als Verräter an den Grundsätzen des Sozialismus! Barrikaden des revolutionären Gewissens brauchen wir, wir Janhagel und Lumpenproletarier in den Augen der Streber und Schieber, Barrikaden, die reinlich scheiden: hier die wenigen, die entschlossen sind, Freiheit und Gerechtigkeit zu erkämpfen, und drüben auf der andern Seite die Masse und der faulige Brei, der Staat mit allem Troß, dem grünen wie dem roten, der den Nutzen des Augenblicks über die Reinheit des unverdorbenen Gedankens stellt. Barrikaden nicht gegen die, die sich sättigen, sondern gegen die, die sich zufrieden geben!

Berlin 1929: Maifeier mit Barrikaden! Sinnbild der Zeit. Aus den Gräbern der Gefallenen wächst die Zuversicht: es wird ein Mai kommen, in dem die Knospen der Menschenfreiheit aus Barrikaden treiben werden.

Nationale Einheit

Das französische Jakobinertum schuf erst den abstrakten Staatsbegriff und zusammen mit ihm die abstrakte Vorstellung der Nation. Seitdem wurde die Idee der „nationalen Einheit“ das Lösungswort der meisten bürgerlichen Parteien, von denen unsere modernen Staatssozialisten diese zweifelhafte Erbschaft übernommen haben, wie so vieles andere. Die nationale Einheit wurde zum Inbegriff der kulturellen Entwicklung, zum Symbol des völkischen Lebens. Jedes Hindernis, das man ihr entgegensetzte, wurde als „kulturfeindlich“ gebrandmarkt, als Verbrechen gegen den „Geist der Nation“. Und diese fable convenue, dieses Märchen, das man stillschweigend als Wahrheit angenommen hat, schlägt noch heute alle Geister in seinen Bann. Ja heute noch mehr als je zuvor. Dabei zeigt uns die ganze Geschichte, daß gerade das Gegenteil richtig ist. Nicht die Perioden „nationaler Einheit“ waren die großen Kulturperioden der Menschheit, sondern die Perioden „nationaler Zersplitterung“ und relativer Freiheit. Nationale Einheit führte bisher überall zum kulturellen Verfall, zum Niedergange der Kultur.

Das alte Griechenland, das sowohl national als politisch vollständig zersplittert war und den Begriff einer politischen Einheit überhaupt nicht kannte, hat nichtsdestoweniger eine der größten Kulturen gezeugt, die die Menschheit bisher kannte. Und als später Alexander von Mazedonien, der sich als „Hellene“ fühlte, die nationale Einheit Griechenlands mit dem Schwerte herstellte, da versiegten die Quellen der kulturellen Kräfte und Fähigkeiten, die sich unter dem Despotismus nicht entwickeln konnten.

Die große Periode der freien Städte in Europa in der Zeit des Mittelalters war eine Epoche der extremsten nationalen und politischen Zersplitterung, und trotzdem wurde in jener Zeit eine Kultur geboren, die bisher in Europa nicht mehr ihres Gleichen gefunden hat. Die gewaltigen Denkmäler der Architektur und Kunst, die uns jene Zeit hinterlassen hat, sind ewige Wahrzeichen dieser glänzenden Phase menschlicher Entwicklung. Aber als später der moderne Staat auf den Trümmern dieser großen Kultur das Banner der „nationalen Einheit“ aufpflanzte, schmolzen die letzten Reste kultureller Größe wie Schnee an der Sonne; und die brutalste Barbarei brach über Europa herein.

Werfen wir einen Blick auf die Geschichte Deutschlands und wir finden nur eine Bestätigung derselben Erscheinung. Die reichen Errungenschaften geistiger Größe und Kultur in diesem Lande datieren aus der Zeit seiner „nationalen Zersplitterung“. Seine klassische Literatur vom Klopstock bis Goethe und Schiller, die berauschende Kunst seiner romantischen Schule, seine klassische Philosophie von Kant bis Feuerbach, die Höhenepoche seiner klassischen Tonkunst — all dies gehört jener Zeit an. Der nationale Einheitsstaat aber bezeichnet den Niedergang der deutschen Kultur, das Ver-

siegen ihrer schöpferischen Kräfte, den Triumph des Militarismus und einer geistlosen Bürokratie.

Das war nicht nur in Deutschland der Fall. Die Geschichte Italiens, Spaniens, Frankreichs, Rußlands usw. ist nur eine Wiederholung derselben historischen Erscheinungen. Und das ist gar nicht anders möglich; denn der nationale Einheitsstaat ist eben nichts anderes als das in staatliche Formen gegossene Machtprinzip der besitzenden Klassen, der Sieg der Uniformität über die reiche Manigfaltigkeit des völkischen Lebens, der Triumph einer geistigen Dressur, die man „Bildung“ nennt, über die natürliche Erziehung und Charakterentwicklung, das Verdrängen des Persönlichkeitsgefühls durch öden Kadavergehorsam — mit einem Wort: die Vergewaltigung der Freiheit durch brutale staatliche Gewalt und geistlose Schablone.

Das hatte schon Proudhon klar erkannt, als er Mazzini, dem hervorragenden Vertreter des nationalen Einheitsgedankens in Italien, die Worte entgegenhielt:

„Jeder ursprüngliche Charakter in den mannigfaltigen Landschaften eines Reiches geht durch die Zentralisation — das ist der wahre Name der sogenannten Einheit — verloren. Ein großer Zentralstaat konfisziert alle Freiheit der Provinzen und Gemeinden zugunsten einer höheren Macht, der Regierung. Was ist diese Einheit der Nation in Wahrheit? Das Aufgehen der besonderen Völker, in denen die Individuen leben und sich voneinander unterscheiden, in einer abstrakten Nation, in der keiner atmet und keiner den anderen kennt . . . Indem man dem Menschen die Verfügung über sich selbst geraubt hat, braucht man, um diese riesige Maschine in Gang zu bringen, eine ungeheuerliche Bürokratie, eine Legion Beamte. Um sie nach innen und außen zu schützen, braucht man ein stehendes Heer, Angestellte, Soldaten, Mietlinge, das wird die Zukunft der Nation vorstellen. Diese grandiose Einheit braucht Ruhm, Glanz, Luxus, eine imposante Zivilliste, Botschafter, Pfründen. In so einem Einheitsstaat streckt alles die Hand aus, und wer zahlt die Schmarotzer? Das Volk! Wer einheitliche Nation sagt, der meint eine Nation, die ihrer Regierung verkauft ist . . . Die Einheit ist nichts weiter als eine Form der bourgeoisen Ausbeutung unter dem Schutze der Bajonette. Jawohl, die politische Einheit in den Großstaaten ist die Herrschaft des Bürgertums. Daher die Lust des Bourgeois am Einheitsstaat.“

Der geniale Franzose erkannte den eigentlichen Untergrund aller sogenannten nationalen Einheitsbestrebungen, und was unsere Staatssozialisten von der Sozialdemokratie bis zu den verschiedenen Ablegern des russischen Bolschewismus noch heute nicht sehen können, sah er deutlich voraus, denn sein Blick war nicht getrübt durch die blinde Staatsgläubigkeit unserer modernen Parteisozialisten, die noch immer mit den Eierschalen ihrer jakobinischen Vorgänger behaftet sind.

Jeder Nationalismus ist im Grunde seines Wesens reaktionär und kulturfeindlich, auch wenn er mit sogenannten revolutionären Mitteln arbeitet.

Das gilt auch für die nationalistischen Bewegungen unterdrückter Völker, denn es sind nicht lediglich die Mittel, die eine Bewegung in Anwendung bringt, welche ihren Charakter bestimmen, sondern der sittliche Gehalt ihrer Ideen, ihre völker-vereinenden oder völker-trennenden Bestrebungen. Das Ziel der nationalistischen Bewegungen in Ländern, die einer sogenannten Fremdherrschaft unterworfen sind, ist nicht etwa gegen die Herrschaft als solche gerichtet; alles, was sie erstreben, ist eine Herrschaft unter eigener Flagge. Aber man stelle sich ja nicht vor, daß unsere kleinen Staaten im Prinzip besser sind als die großen. Im Gegenteil, die politische Arroganz und der nationale Dünkel sind dort oft noch stärker entwickelt als in sogenannten Großstaaten. Der kleine Staat verfolgt überall die Tendenz, alle Dummheiten und Verbrechen des großen Staates nachzuahmen. Der beste Beweis dafür sind die durch den Versailler Friedensvertrag ins Leben getretenen Kleinstaaten, die heute die nationalen Minderheiten innerhalb ihrer Grenzen mit denselben verwerflichen Mitteln niederhalten, die man ehemals gegen ihre Bürger in Anwendung brachte.

Was wir vertreten, ist nicht Internationalismus, sondern Anationalismus. Wir fordern das Recht der freien Entschleßung für jede Gemeinde, jedes Volk, und gerade aus diesem Grunde verwerfen wir die Wahndee des nationalen Einheitsstaates. Wir sind Föderalisten, d. h. Anhänger eines Bundes freier menschlichen Gruppierungen, die sich nicht voneinander absondern, sondern sich gegenseitig durchdringen und befruchten und durch tausenderlei Beziehungen geistiger, wirtschaftlicher und kultureller Natur auf das innigste miteinander verwachsen sind. Die Einheit, die wir erstreben, ist eine kulturelle Einheit, das heißt eine Einheit, die in der Verschiedenartigkeit ihrer Äußerungen ihre festeste Grundlage findet. Es ist die Einheit, die in ihrer Freiheit begründet ist, die jede Mechanisierung menschlicher Beziehungen untereinander prinzipiell verwirft und die erst mit der Ausschaltung jeglicher Ausbeutung und jeder staatlichen Bevormundung ihre Wirksamkeit voll entfalten kann.

Wir haben stets den Standpunkt vertreten, daß jedes Volk das unverbrüchliche Recht habe, sein kulturelles und gesellschaftliches Leben nach seinem eigenen Ermessen zu gestalten, und zwar als selbständiges Glied einer großen menschlichen Allgemeinheit. Dieser Standpunkt hat in den Schriften des freiheitlichen Sozialismus des öfteren seinen Ausdruck gefunden; allein wir sind der Meinung, daß er einer wichtigen Ergänzung bedarf. Es handelt sich hier nicht ausschließlich um eine rein politische oder sozialistische Frage, sondern zugleich um bestimmte wirtschaftliche Voraussetzungen, welche den einzelnen Gruppen und Völkerschaften erst ihre politische und kulturelle Unabhängigkeit sichern können.

Daß ein Mensch heute als Franzose, Deutscher oder Russe geboren wird, ist lediglich eine Frage des Zufalls, auf die er vernünftigerweise keine Ursache hat, stolz zu sein oder sich darüber zu grämen. Aus diesem Grunde sind ja die ganzen künstlich konstruierten Voraussetzungen unserer Rassen-

theoretiker und Nationalisten aller Kategorien und Schattierungen mit ihren blöden Behauptungen von der Existenz auserwählter und inferiorer Völker so hirnverbrannt und stockreaktionär. Aber es ist ebenfalls nur ein Zufall, wenn ein Volk oder eine Volksgruppe im Laufe ihrer Geschichte auf ein Territorium gedrängt wurde, auf dem man später reiche Naturschätze — Kohlenlager, Erze, Oel usw. — entdeckte. Dieser Zufall darf den Menschen eines solchen Gebietes keineswegs ein Recht verleihen, Monopole zu errichten und andere Völker, die mit solchen Naturgaben nicht gesegnet sind, in wirtschaftlicher Abhängigkeit von sich zu halten.

Wir gelangen da zu einem Kapitel, das hier nur kurz gestreift werden kann, das aber für die zukünftige Entwicklung der menschlichen Rasse von größter Bedeutung sein wird.

Die ganze Tendenz des Kapitalismus, besonders in seiner jetzigen imperialistischen Phase ist deshalb so eminent volksfeindlich und für das Wohl und Wehe der Gesellschaft so verhängnisvoll, weil seine Träger in den verschiedensten Ländern den ausgesprochenen Zweck verfolgen, alle natürlichen Reichtümer der Erde, die den Menschen zum Segen gereichen könnten, der Herrschaft ihrer Monopole zu unterwerfen und alle anderen Völker in die Fesseln wirtschaftlicher Abhängigkeit zu schmieden. Aber jede Seite drapiert diese Wegelagererpolitik als „Wahrung der nationalen Interessen“. Die Internationalisierung der Naturreichtümer in der Form von Kohlen, Erzen usw. ist daher eine der wichtigsten Vorbedingungen für die Verwirklichung des Sozialismus. Durch gemeinschaftliche Verträge muß die Nutznießung dieser Schätze allen Volksgruppierungen garantiert werden, wenn nicht neue Monopole und folglich neue Klassenteilungen und wirtschaftliche Versklavung im Schoße der Gesellschaft Platz greifen sollen. Nur so wird es den Menschen gelingen, die heutige kapitalistisch-nationalistische Reaktion aufs Haupt zu schlagen und die Bahn zu brechen, die ins Niemland einer besseren Zukunft führt.

Rudolf Rocker.

Geschlechtsnot der Gefangenen

Karl Plättner hat ein überaus verdienstliches Werk geleistet, indem er in seinem Buch „Eros im Zuchthaus“ (Mopr-Verlag, Berlin 1929) die Wirkungen der aufgezwungenen Geschlechtseenthaltung in den Strafanstalten öffentlich, rückhaltlos und mit dem strengen Ernst, den der Gegenstand erfordert, aufzeigt. Dieses Buch sei, ehe ein Wort der Kritik geäußert wird, als ein Dokument menschlichen Anstands und als Leidensbeichte von unerhörter Aufrichtigkeit, zugleich aber auch als eine Sammlung furchtbarer Anklagen gegen den Staat mit seinen Einrichtungen der Gewalttätigkeit gegen das Lebensrecht der ihm Ausgelieferten der Lektüre, dem Nachdenken und dem Zorn der Mitwelt eindringlich empfohlen. Das Werk, das den Untertitel führt: „Eine Beleuchtung der Geschlechtsnot der Gefangenen, bearbeitet auf der Grundlage von Eigenerlebnissen, Beobachtungen und Mitteilungen in

achtjähriger Haft“, ist mit einem Vorwort der leitenden Aerzte des Institutes für Sexualwissenschaft, Sanitätsrat Dr. Magnus Hirschfeld und Dr. Felix Abraham versehen, und der Verfasser bemüht sich in fast rührender Weise, seiner Arbeit über den gesellschaftskritischen Charakter hinaus ein wissenschaftliches Fundament zu geben.

Es ist selbstverständlich nicht meine Absicht, ein solches Buch mit dem Sezierschneidmesser literarischer Fachkritik aufzuschneiden, Aber es wäre mir lieber gewesen, wenn Plättner nirgends die derbe Sprache, deren sich Gefängnisinsassen bei der Behandlung sexueller Dinge, auch wo ohne zölige Absicht und ganz sachlich darüber gesprochen wird, zu bedienen pflegen, in ein gesellschaftliches Deutsch umzufrisieren versucht hätte. Es wäre mir vor allem lieber gewesen, Plättner hätte auf jede wissenschaftliche Polemik verzichtet und Tatsachen, Tatsachen und immer wieder Tatsachen sprechen lassen, solche erschütternden und in grauenvollem Maße beweiskräftigen Tatsachen, wie er sie ja wirklich in reicher Fülle sprechen läßt und wie sie seinem Werk den Wert eines bedeutenden sozialen Ereignisses verleihen. Ich bemängle Plättners Methode wahrlich nicht, um meinerseits die wissenschaftlichen Aufstellungen anzugreifen, sondern aus zwei andern Gründen: erstens hat der proletarische Leser mehr von der Lektüre, wenn er sich nicht durch komplizierte Gelehrsamkeit hindurchlesen muß, sondern — in einem dünneren, daher billigeren und dem Arbeiter zugänglicheren Buch — unmittelbare Eindrücke empfängt, aus denen sich die Folgerungen für jeden unverfäfften Geist von selber ergeben; zweitens aber bietet jede wissenschaftliche Argumentation, auch wo sie mit freiheitlichsten Absichten angewendet wird, die Möglichkeit zum Gebrauch mit umgewendeter Logik. Vom Marxismus gar nicht zu reden, der zum Glück in Plättners Darlegungen auch unerwähnt bleibt; aber immer wieder bezieht er sich auf die Schrift des Russen A. W. Nemilow: „Die biologische Tragödie der Frau“ (deutsch bei Oscar Engel Verlag, Berlin 1925), um das Leid der selbst eingesperrten oder durch die Einsperrung des Mannes zur Witwenschaft gezwungenen Frauen recht sinnfällig zu machen. Lieber Karl Plättner! Was sagst du dazu, daß derselbe Nemilow, der sein Buch ausdrücklich der proletarischen Jugend widmet, um sie in ihrem Bestreben zu unterstützen, „eine neue Geschlechtsmoral aufzurichten“, nachdem er festgestellt hat, daß in Rußland „alle alten Begriffe über Geschlechtsmoral von selbst zusammengestürzt“ sind, — daß dieser selbe Nemilow einem heute, wenn man von dem Recht der Frau auf die unbedingte Freiheit ihres Geschlechtswillens spricht, von sonst höchst antiautoritär gesonnenen Jugendlichen entgegengehalten wird: es gebe eben biologische Besonderheiten des Weibes, die sie von den sexuellen Freiheiten ausschließen, deren sich der Mann natürlich erfreuen dürfe. Da haben denn die sehr aufgeklärten, sehr freiheitlichen kleinen Gockel ihre „Wissenschaft“, die dem Männchen hilft, ohne seine habgierige Eifersucht einzugestehen, das Weibchen zu knebeln und als privilegierter Gendarm zu beaufsichtigen. Ich bin überzeugt, daß solche windigen Nemilow-Zitate wie dies: „der Organismus der geschlechtsreifen Frau balanciert die ganze Zeit zwischen Psychologie und Pathologie mit einer ständigen Steigerung zur letzteren“ — von denen, die mit jeder Freiheitsentziehung die Verhinderung der Geschlechtsbetätigung verbunden wissen wollen, ebenso für ihre trüben Zwecke beansprucht werden können, wie Plättner sie für seine guten Zwecke beansprucht. Doch dies nebenbei. Möge schnellstens eine neue Auflage nötig werden, und möge der Verlag dann das Tatsächliche in konzentrierter Form herausbringen, damit jeder, der selber einmal hinter Gitter geraten kann — und wer, außer Nationalisten, könnte das in Deutschland nicht? — ermessen lerne, was ihm bevorsteht.

Die unbedingte Entschlossenheit zur Wahrheit, der große Mut, sein eigenes seelisches und körperliches Reagieren auf die Entbehrung des geschlechtlichen Ausschweifens unter Ueberwindung aller schamhaften Hemmungen vor aller Welt auszubreiten, dazu das persönlich interessante Aushilfsmittel, die Qual leichter zu ertragen, über die Ursachen und Wirkungen der Nerventortur unausgesetzt Material zu sammeln (Plättner scheint die riesige Leistung, die er mit der Zusammentragung seiner Beispiele vollbracht hat, noch kaum selbst als Ablenkung der Sexualität auf geistige Arbeit erkannt zu haben), — alles das schafft Klarheit in Dingen des Strafvollzugs, die bis jetzt nicht nur gefehlt hat, die nicht einmal gesucht worden ist. Es wird von den Zuckungen der Geschlechtsnerven berichtet, zunächst in der Einzelhaft, wo „alle unsinnigen Verbote wirksam werden“, das Verbot, aus dem Fenster zu schauen und sich mit einem Nachbarn zu unterhalten, „das Verbot der Selbstbeschäftigung, das Rauchverbot, das Vorenthalten befriedigender Lektüre, die die geistigen Kräfte und das Interesse spannen kann, der Mangel des geselligen Verkehrs“. Da kommt der Gefangene zum Onanieren, treibt es im Uebermaß, schafft seiner geängsteten und überreizten Phantasie sexuelle Fetische und weibliche Götzenbilder aus Kissen, aus geknetetem Brot, baut sich mechanische Befriedigungsmittel aus jedem erlangbaren Material. Plättner erwähnt einen Fall — und ich kenne andre ähnlicher Art —, in dem ein Gefangener sich selbst verwundete, um dem Drang zur Selbstbefriedigung zu widerstehen. Ein anderer bat den Anstaltsarzt, ihn zu kastrieren. Die Gemeinschaftshaft bewirkt selbstverständlich homosexuelle Ausflüchte aus der entsetzlichen Not, und statt aller Beispiele aus Plättners Arbeit will ich ein Wort wiedergeben, das ein eben entlassener Zuchthausgefangener, als er mich kürzlich besuchte, im Gespräch über diesen Gegenstand gebrauchte: „Leg' im Zuchthaus zwanzig Mann in einen Schlafraum, dann sind das zehn Paare“.

Plättner berichtet von den sexuellen Ersatzmitteln der im Freien beschäftigten Gefangenen, die sich bei der Stallarbeit an Schweinen, Kühen, Ziegen, Hühnern Erleichterung schaffen. Er berichtet auch von der Hülfe, die mitleidige Menschen draußen, entlassene Mitgefangene, die die Sucht vom eigenen Erleben kennen, oder auch Frauen und Mädchen aus Liebe oder aus verstehendem Wissen den hungernden Trieben zuteil werden lassen. Entblößungen auf der Landstraße, wenn anzunehmen ist, daß der gemeinte Gefangene aus irgend einem verborgenen Gitterfenster hinsehen kann, heimliches Hineinsenden erotisch wirkender Talismane von verschwiegene Frauen teilen. Auch die parallelen Erscheinungen bei gefangenen Frauen kann Plättner mit reichem Material belegen. (Uebrigens: das Beispiel, auf das sich Plättner unter Berufung auf mich bezieht, ist nicht meinen Niederschönenfelder Festungs-, sondern meinen Ansbacher Gefängnis-Erfahrungen entnommen. Dort, niemals in der sogenannten bayerischen „Festung“, wurde meine Zelle von weiblichen Gefangenen gereinigt.)

Sehr wertvoll sind die Schilderungen von Frauenbesuchen unter der Aufsicht von Bütteln, sehr wertvoll auch die Beschreibungen der gelegentlichen zufälligen Begegnungen mit dem andern Geschlecht in Büroräumen: der Anstalten, bei Sammeltransporten und dergleichen, bei denen es fast immer gelingt, zu einer irgendwie gearteten Entspannung des aufgespeicherten Dranges zu gelangen. Plättner bezieht sich wiederholt auf den Vortrag, den ich 1926 im Sexualwissenschaftlichen Institut über die Wirkungen der Strafhafte auf die Sexualität hielt und mit dem ich wohl als erster dieses Thema, damals zumeist vor Juristen und Aerzten, öffentlich zur Diskussion stellte. Damals habe ich besonders betont, daß die schlimmste Ent-

behrung gar nicht den Geschlechtsakt selbst betreffe, sondern die Begierde nach der Körpernähe ersehnter Menschen, nach Zärtlichkeiten, nach dem Einatmen weiblicher Ausströmung. Plättner bestätigt das, wie es von jedem bestätigt wird, der das Haftleben aus eigener Erfahrung kennt. Hier liegt nämlich der Kern des Uebels: Menschen leben abgesperrt von der ganzen bewegten Mitwelt, sind herausgerissen aus dem großen einheitlichen Organismus Gesellschaft. Erotik aber ist die Anziehung, die einzelne Menschen aufeinander ausüben und die ihre Saugkraft aus der Atmosphäre nimmt, die von der Körperwärme aller Menschen erzeugt wird. Wer dieser Atmosphäre entzogen lebt, dessen gesamte erotische Funktion muß krank werden. Darum ist es töricht, den Gefangenen etwa die zur Geschlechtsenthaltung verpflichteten katholischen Kleriker entgegenzustellen (einmal angenommen, das sogenannte Keuschheitsgelübde würde hier und da tatsächlich gehalten); diese Menschen kommen doch unter die Menge, leben im Wechsel der Begegnungen auf der Straße, in der Kirche, in Häusern, überall. Ihre Ausdünstung mischt sich mit der der Gesamtheit, sie ziehen erotischen Stoff in sich, der sich auch ohne sexuelle Betätigung umsetzen kann, wenn die Beziehung zur gesellschaftlichen Mitwelt in ständiger Berührung erhalten bleibt.

Sicher wäre im Strafvollzug die Gelegenheit zum geschlechtlichen Verkehr für alle Gefangenen nötiger als irgendwo anders. Der von der erotischen Einwirkung der Gesamtatmosphäre Ausgesperrte hat ein verändertes und ungeheuer gesteigertes Triebleben. Seine Verhinderung an sexuellem Ausgleich kommt daher einer Strafe gleich, die eine einsichtige Gesellschaft niemals durch gleichviel welches Verbrechen gerechtfertigt finden wird. Was auf diesem Gebiet in Strafanstalten, Erziehungshäusern und sonstigen Zwangseinrichtungen vom Staate gesündigt wird, das muß sich an der gesamten Menschheit rächen. „Der Zimmermaler Anton Speckner ist in Bayrischzell verhaftet worden und hat eingestanden, die elfjährige Frieda Pracher im sexuellen Rausch umgebracht zu haben . . . Speckner hatte vor wenigen Wochen das Zuchthaus verlassen, in dem er vier Jahre zugebracht hat. Er ist 25 Jahre alt. Männiglich weiß, daß der Strafvollzug in Gefängnissen und Zuchthäusern gänzliche Geschlechtsenthaltbarkeit in sich schließt. Speckner war also vom 21ten bis zum 25ten Lebensjahr zwangsweise von jedem Verkehr mit Frauen abgesperrt. Daß eine derartige Tortur die Geschlechtsnerven in fürchterlicher Weise martern muß, liegt auf der Hand, und es ist sehr begreiflich, daß ein nach langer Zeit aus der Gefangenschaft befreiter Mensch hemmungs- und willenlos seinen entfesselten Trieben folgt. Es sei dem Verteidiger des unglücklichen Mörders dringend nahegelegt, den Geschworenen aufzuzeigen, wie leicht die Sittlichkeit, die in den Gefängnissen die Naturbedürfnisse der Menschen hungern läßt, allein verantwortlich wird für kriminelle Unsittlichkeiten. Die Verweigerung der Geschlechtsbetätigung in den Strafanstalten gehört zu den brutalsten Begleiterscheinungen des herrschenden Systems. Anton Speckner ist ein Opfer dieser unsinnigen Grausamkeit. Er ist unsres Mitleids nicht weniger wert als die arme kleine Frieda Pracher.“ Ich habe diese Bemerkung hierher gesetzt, um den Irrtum richtigzustellen, den sowohl Plättner als auch im Vorwort Dr. Hirschfeld begeht mit der Annahme, ich hätte in meinem Vortrag 1926 zum ersten Male die sozialschädliche Wirkung des „Keuschheits“-Zwanges in den Kerkern angeprangert. Die angeführten Sätze sind meiner Münchener Zeitschrift „Kain“ entnommen. Ich schrieb sie in einem Artikel „Der Lustmörder“ für das Heft, das am 1. Januar 1912 erschien. Damals hat man solche Gedanken belächelt. Der Verteidiger Speckners hat sie meines Wissens nicht benutzt, der Lustmörder wurde zum Tode verurteilt und, wenn ich nicht irre, geköpft. Der Strafvollzug aber, der in Wahrheit die elfjährigen kleinen Mädchen dem

Lustmord künstlich aus den Fugen gerissener Unglücklicher ausliefert, lebt noch, — im Namen der Gerechtigkeit und der guten Sitten.

Plättner hat endlich lauter gegen diese Barbarei um Hilfe gerufen, als es bisher je geschehen ist. Ob seine Verbesserungsvorschläge sich gegen die Tugendhaftigkeit der Pfaffen und Bürokraten durchsetzen werden, bezweifle ich vorläufig. Ich glaube an eine Reform des Strafvollzugs in der Form der revolutionären Abschaffung der Gefängnisse und Zuchthäuser.

Die Sieger

Sie setzen sich eben zusammen zum Siegesfest, und wir brauchen das Ergebnis von Magdeburg wahrhaftig nicht abzuwarten, um den Charakter dieser sozialdemokratischen Jahrestagung noch vor der Eröffnung feststellen zu können. Seit der „Barrikaden“-Artikel für dieses Heft geschrieben und in Satz gegeben ist, haben sich einige Tatsachen zugetragen, die die Herrlichkeit unseres, von den Epigonen der Verfolgten des Sozialistengesetzes regierten Vaterlandes in neuem, immer noch schönerem Glanz erstahlen lassen. Herr Dr. Albert Vögler, Generaldirektor der Vereinigten Stahlwerke und Vorsitzender der nordwestlichen Gruppe des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller sowie des Vereins zur Wahrung der wirtschaftlichen Interessen in Rheinland-Westfalen, auch Mitglied und früherer Reichstagsabgeordneter der Partei des von der Sozialdemokratie als Hort aller republikanischen Freiheit verehrten Müllerschen Koalitionsministers Stresemann, — Dr. Albert Vögler hat die Pariser Reparationskonferenz unter Protest verlassen. Er hat damit dieselbe Geste ausgeführt, mit der im Juli 1920 sein Parteigenosse und Wirtschaftskumpen Hugo Stinnes die Konferenz von Spa sprengte. Den Schacht hatte man im vorigen Monat leise angepöffen, als er den erstaunten Franzosen, Engländern, Italienern, Belgiern und Amerikanern zu verstehen gab, bei der Bewilligung von Kolonien für das deutsche Kapital und bei Zusage wohlwollender Neutralität, wenn man den deutschen Militärs, den Polen den Zugang zur Ostsee zu sperren und die deutsch-schlesischen Ostgrenzen zu erweitern erlaube, werde man mehr als die als Maximalsumme angebotene Tributzahlung leisten. Er mußte dann erklären, er habe da nur in seiner politischen Ahnungslosigkeit eine Privatmeinung geäußert und sei bereit, dem deutschen Proletariat auch ohne Gegenleistung der Gläubiger an das Kriegsbedürfnis der Gröner-Generäle über das Angebot hinaus Schweiß auszutreiben. Da aber wurde der Vertrauensmann der Schwerindustrie scharf gemacht, und Herr Vögler fand die nationale Würde wieder, die man vor dem Erscheinen des Retters Dawes immer einräumte, wenn eine beabsichtigte Riesenschröpfung der deutschen Arbeiterschaft zugleich den Teutonenzorn gegen den erpresserischen „Feindbund“ anheizen und die Schuld an der Verelendung der Verräter im Innern, den vereinigten Juden, Republikanern, Demokraten und November-Verbrechern aller Sorten aufhalsen sollte.

Der „Vorwärts“ verteilt an die Kapitalswächter, die die deutschen Belange wahren, indem sie ehrfürchtig die Zahlungsaufträge der Morgan und Young als Ausflüsse tiefster Weisheit und Gerechtigkeit anstauen, verschwenderisch Lobspprüche und hält den rheinischen Frondeuren vor, wenn sie die Konferenz zum Scheitern brächten, würde eben der Dawespakt weiter in Funktion bleiben. Man erinnere sich, als welches Heiß die Stampferleute dieses unglaubliche Knechtungsinstrument austrumpet hatten, als sie seiner Inkraftsetzung im Oktober 1924 zustimmten. Damals waren sie außerhalb der Regierung „das Zünglein an der Wage“, das sich immer

zu dem Stiefel neigt, den es lecken kann. Man könnte sich also über das Bangemachen mit dem Dawespakt wundern; aber die augenblicklich in Magdeburg versammelten Herren haben uns das Wundern allmählich abgewöhnt.

Ihr Hörising wird sie mit Reichsbannergetute begrüßen, froh, nicht von den Rotfrontschalmeien übertutet werden zu können. Denn die Sozialdemokratie versammelt sich, nachdem auch sonst alle Hochwasserängste beschwichtigt sind, als Siegerin zum Parteitag. Die Herren Otto Braun, Severing und Grzesinsky werden den Sieg, mit dem sie den Feind vernichtet haben, in Triumphgesängen auf die eigene Farschheit als wichtige Etappe auf dem Wege zum Sozialismus preisen. Sie werden unter dem Jubel der Veteranen der Arbeiterbewegung verkünden, daß Klassenbewußtsein nichts anderes sein kann als Staatsbewußtsein, und sie werden die Bulletins ausgeben, die sie soeben aus dem Hauptquartier ihres Zörgiebel empfangen haben. Zunächst ist einmal die „Rote Fahne“, die nach dreiwöchigem Verbot 2 Tage lang wieder erscheinen durfte, für weitere 4 Wochen untendrückt worden. Dadurch ist verhütet, daß in einer großen Berliner Tageszeitung die Harmonie des Parteitages dauernd gestört würde. Die übrige Kritik von links der Sozialdemokratie, also etwa in den Ulstein- und Mosseblättern, wird sich wohl einige Mäßigung auferlegen, um nicht zu deutlich werden zu lassen, daß die Partei Bebel's bereits rechts von ihnen angelangt ist und etwa die Politik der früheren Nationalliberalen mit einem Stich ins Klerikal-Konservative treibt. Das Verbot der kommunistischen Zeitung kommt um so leichter ausgesprochen und begründet werden, als die amnoch in der Reichsregierung geduldeten Herren Parteigenossen gerade die Verlängerung des Gesetzes „zum Schutz der Republik“ erreicht haben. Durch etliche Kritik an Zörgiebel's grüner verwegener Jagd und die Forderung, sich dem Demonstrationsverbot selbigen Zörgiebel's vom 13. Dezember 1928 zu widersetzen, fand eben dieser Zörgiebel „dargetan“, daß die Kommunistische Partei eine staatsfeindliche Organisation im Sinne des § 7 Ziffer 4 des Gesetzes zum Schutze der Republik in Verbindung mit § 129 StGB. ist“. Das ist wortwörtlich aus Nieder-Urteilen herausgeschrieben, die nun also die Sanktion der Partei erhalten haben, die, ehe sie ihre bewährten Führer dank der Disziplin ihrer Wähler zu Staatspründern machen konnte, denselben Arbeiteranhang mit denselben Mitteln hinter sich herzog, wie jetzt die Nachfolgepartei. Ueber sie vermochte kein Bismarck und kein Jagow zu siegen; sie aber sind die Sieger über die, die ihnen vor Jahrzehnten den Sozialismus geglaubt hatten.

Währenddem ist in Itzehoe eine Bombe geplatzt, und zwar im Landratsamt. Das ist die Gegend, wo das von der Musterverwaltung dieser Republik in Verzweiflung gejagte Landproletariat von klügeren Leuten als es die Republikaner sind, vom faschistischen Junkertum, zu kräftigeren Handlungen angetrieben wird, als die Kommunisten sie ihrer Gefolgschaft empfehlen. Aber das beunruhigt die Sieger in Magdeburg wenig. Sie werden durch ihr Wehrprogramm beweisen, daß sie sich von niemandem in vaterländischer Gesinnung übertreffen lassen und zeigen durch ihren entschlossenen Kampf gegen die revolutionären Arbeiter wahrlich klar genug, daß sie denselben Feind bekämpfen wie die Herren Völkischen und Deutschnationalen. Sie werden auch noch bessere Beweise ihres Wohlverhaltens geben, wenn es verlangt wird. Das Verbot der Kommunistischen Partei ist ja durch die Uebernahme der Niederschen Rechtsgrundlagen schon vorbereitet; die Faschisten sollen sehen, daß die Sozialdemokraten wirklich regieren können, daß sie wirklich die Sieger sind über alle Ansprüche des Proletariats. Den Bombenwerfern von Itzehoe wird gewiß nichts Ernstliches geschehen; Herr Langkopp, den jeder patriotische Deutsche als Hel-

den bewundert, hat sie ja selber vorher ermutigt. Man wird ihnen schon deshalb nichts tun, damit nicht wieder eine Amnestie notwendig wird, durch die am Ende doch auch ein paar revolutionäre Arbeiter — etwa vom Mai 29 — freigelassen werden müßten; das wäre schmerzlich.

Sie glauben immer noch, die Sieger vom Wedding und von Neukölln, sie säßen sicher auf ihren Amtsthronchen. Weil die Sachsen bei den Landtagswahlen so gehandelt haben, wie Indifferente immer handeln, Zettel abgeben, wie man's gewöhnt ist, und sich schlafen legen, — halten sich die Gewählten für die Inhaber der Macht. Dabei sieht die Situation der von 1923 nicht nur wegen der Pariser Verhandlungen ähnlich. An Stelle der Inflation haben wir Arbeitslosigkeit im größten Ausmaß als Dauerzustand, eine Folge der „Rationalisierung“; aber die Rationalisierung wäre nicht vollkommen, wenn nicht die sogenannte Sozialpolitik, die, wie sie ist, ohnehin auf reine Verhöhnung des Proletariats hinausläuft, auch noch aufs gründlichste abgebaut wird. Dagegen werden die Sieger in Magdeburg mannhafte Resolutionen annehmen, die ihnen gar nichts nützen werden. Sie werden froh sein, wenn sie selber noch als Vollstrecker dieser vollständigen Ausplünderung der Armut zugelassen werden. Sobald aber Hindenburg stirbt oder abdankt, schlägt der Faschismus los. Da wird den Sozialdemokraten kein Verrat und keine Entwürdigung helfen, da geht es ihnen ebenso an den Kragen wie uns Revolutionären aller Richtungen, falls es nicht dann doch noch ganz anders kommt. Allerdings so, daß die Magdeburger Höringakademie Freude am Ausgang haben wird, kommt es bestimmt nicht, erst recht nicht, wenn das Proletariat auf dem Damm ist.

Eine Frage übrigens an die Genossen von der Kommunistischen Partei. Ihr nennt die deutschen Sozialdemokraten neuerdings immer Sozialfaschisten: Wieso sozial?

Wiederaufnahme-Verfahren

Unter hundert Verurteilungen sind 99 Fehlurteile: nicht daß überall die Tatsachen unrichtig festgestellt würden, aber ihre Zusammenhänge, sozialen und psychologischen Hintergründe und ihre moralisch-gesellschaftliche Bedingtheit werden fast nirgends erkannt oder gar unabhängig von Erziehung und Persönlichkeit der nur einer Gesellschaftsschicht entstammenden Richter gewürdigt. Aber auch der Prozentsatz der Fehlurteile, die auf der Annahme unrichtiger Tatsachen fußen, ist viel größer, als der in den Tag lebende Zeitungsfleser ahnt. Unter tausend Fehlurteilen dieser nachweislichen Art bleiben aber 999 unberichtigt. Zu einem Wiederaufnahmeverfahren reichen für die Formaljuristen die vor der neuen Verhandlung beigebrachten Gründe fast nie aus. Man denke an den Fall Hoefz! Von Bullerjahn ist es ganz still geworden. In Sonnenburg sitzt der unglückliche Paul Panske, ein Mann, der, um in die Zeitung zu kommen, Dutzende schwerster Straftaten eingestanden hat, die er gar nicht begangen haben kann, da er zur Zeit ihres Geschehens längst eingesperrt war. Ich habe Briefe von vielen, vielen Gefangenen, die alle beteuern: Ich bin unschuldig verurteilt. Bei etlichen von ihnen ist mir das sehr glaubhaft. Aber zu einem Wiederaufnahmeverfahren reicht's nicht. Der Fall Dujardin ist eine Ausnahme allerseitsenster Art, obgleich wir zufällig in der letzten Zeit mehrere solcher Ausnahmen — unter Tausenden von ähnlichen Fällen — erlebt haben. Dem armen Jacobowski wird auch die Nachprozessierung den Kopf nicht wieder aufsetzen.

Eine gründliche Revolution müßte damit anfangen, ungeprüft alle Urteile an armen Teufeln als Fehlurteile zu betrachten und die Gefängnisse aufzumachen. Wäre diese Republik im Ernste eine Republik, so hätte sie

mindestens längst alle die Opfer der Justiz freigelassen, über deren Vernichtungsprotokoll die Ueberschrift prangt: Im Namen des Kaisers, Im Namen des Königs, der Bundesfürsten und der Herrlichkeit, die angeblich 1918 in Trümmer fiel. Ihr fürchtet Euch, Raubmörder wieder unter die Menschen zu lassen. Ach, keiner von ihnen ist gern Raubmörder geworden; kaum einer aus Wut über die schandbaren Verhältnisse, die seine Not bedingten. Ihr guten Leute habt keine Ahnung, was die meisten Raubmörder für Spießbürger sind.

Eugen Leviné zum Gedächtnis

Am 5. Juni 1919 ließ eine in der Mehrheit sozialdemokratische Regierung das von einem aus monarchistischen Richtern und königlichen Offizieren bestehende Standgericht verhängte Todesurteil gegen den Revolutionär Eugen Leviné im Gefängnishof Stadelheim bei München vollstrecken. Ohne Zustimmung der Sozialdemokraten war dieser Mord unmöglich. Die Ausrede des damaligen Ministerpräsidenten Johannes Hoffmann, er sei gerade verreist gewesen, gilt nicht, da er seine Stimme samt seiner zweiten Stimme als Vorsitzender des Ministerrates einem Kollegen übertragen konnte. Hätte er es getan und zwar gegen die Vollstreckung des Urteils, so wäre die Untat nicht geschehen. Uebrigens ist die Behauptung, der Schneppenhorst habe ausdrücklich für den Tod Levinés gestimmt, noch nie widerlegt worden. Daß Schneppenhorst dessenungeachtet noch Mitglied der Partei ist, die bekanntlich vornedra gegen die Todesstrafe eifert, versteht sich von selbst. Ist doch Friedrich Ebert, der 1919, 20, 21 und 23 Todesurteilen in hellen Haufen ausführen ließ und die im Republikschutzgesetz neu ersonnenen Bestimmungen zur Ausdehnung von Todesstrafen auf politische Delikte 1922 unterzeichnete, grade erst nach seinem Tode — und er starb anders als Leviné — zum Säulenheiligen der Sozialdemokraten gemacht worden.

Was die revolutionäre Politik Eugen Levinés anlangt, so glaube ich, daß ein völlig sicheres Urteil erst möglich sein wird, wenn die Vorwürfe, die er uns machte und die Vorwürfe, die wir ihm machten, von völlig objektiven Gesichtspunkten aus gemessen und verglichen werden. Solange eine vorbedachte Parteilichkeit nicht auf Wahrheit aus ist, sondern auf politische Tageszwecke, ist auch ein rühmender Nekrolog nur Schändung und nicht Ehrung eines Toten. Immer zugeben werde ich, daß Leviné den Charakter der Sozialdemokratie besser beurteilte als Landauer und ich, insofern als er das Verhalten der Ebert, Scheidemann, Noske usw. nicht als Verräterei minderwertiger Subjekte ansah, sondern als zwangsläufige Folge der sozialdemokratischen Parteipolitik im ganzen. Er hatte recht, als er uns vorhielt, diese Partei werde uns verraten wie jeden, der sie zu gemeinsamem Handeln für das Proletariat zuließe. Dagegen hatte er offenbar unrecht, sich der Ausrufung der Räterepublik zum 5. April (die verhängnisvolle Verschiebung zum 7. war ja die Wirkung seines Widerstandes) entgegenzustellen. Doch sind alle historischen Wertungen müßig in dem Augenblick, wo es gilt, der Persönlichkeit gerecht zu werden. Leviné war eine große revolutionäre Persönlichkeit, voll Leidenschaft, Tatkraft, Klugheit und voll von Fanatismus, ohne den es keine Genialität und keinen Todesmut für ein Ideal gibt. Wer so vor seinen Richtern stand wie Eugen Leviné, wer so wie er den Todesspruch entgegennahm und so den tötlichen Kugeln seinen Treuschwur an die Weltrevolution entgegenrief, — der gehört der Revolution aller Zeiten, und wer sie liebt, gleichviel ob er in allen Auffassungen mit Eugen Leviné übereinstimmt, wird Männer seiner Art lieben müssen. Hätten wir ihrer mehr!

Anarchistische Vereinigung Berlin

Zusammenkunft

jeden Donnerstag, 20 Uhr,
im Lokal Köhler, Neukölln, Ziethenstr. 64

Gäste willkommen!

Auskunft durch Gustav Lübeck, Berlin-Neukölln,
Ziethenstraße 10

Unterstützt Fanal

Kind und Elternhaus

Ein antiautoritäres Erziehungsbuch
von B. Liber, New-York
(Vorzugs-)Preis Mk. 2,25

Syndikalist, 25. 5. 29. „Dieses Buch behandelt in zahlreichen Kapiteln in erfreulich vorwärts gerichtetem Geist eine Menge Einzelfragen der neuen Erziehung, bringt auch eine „Aussprache“, an der sich Upton Sinclair beteiligt, fordert zum Denken auf und verschafft auf jeden Fall inneren und praktischen Gewinn für denkende Eltern.

Gustav Landauer

Ein Lebensgang in Briefen

Rütten & Loening, Frankfurt a. M.

Brosch. 11,50 Mk., geb. 16,— Mk.

Weltbühne, Nr. 8. „Ein unendlich reiches Werk, eine Quelle der Leidenschaft, der Lebensmeisterung und Weisheit.“
(E. M.)

Besticht Bücher durch uns!

Kameraden! Jugendgenossen!

Es ist nicht gleich, wo Ihr kauft! Deckt Euren Bedarf nur dort, wo Ihr wißt, daß der Verdienst nicht Eurem Klassengegner zugute kommt.

Unser Unternehmen ist aus dem Wirtschaftswillen freiproletarischer Jugend entstanden. Als Grundlage dienen uns die 10 Artikel von Landauers Sozialistischem Bund.

Wir wenden uns an Euch, uns zu unterstützen. Gegenseitige Hilfe ist notwendig.

Übt Solidarität!

Wir haben ständig vorrätig:

Fahrradstiefel, Sandalen, Festschuhe
Gymnastikschuhe, Turnschuhe
Rucksäcke, Tornister, Brotbeutel
Zeltbahnen, Wolldecken, Schlafsäcke
Lumberjacks, Trainingsanzüge
blaue Manchesteranzüge, Ärmelwesten
Hosen, Kittel, Sporthemden
lange schwarze Strümpfe, Stutzen
Baretts, Skimützen, Baskenmützen
Lodenmäntel, Windjacken
Aluminiumartikel, Zeltzubehör

ferner: Gute Bücher aller Wissensgebiete
Zeitschriften, Kunstkarten, Kunstmappen
gerahmte Bilder, Wandkalender

*außer-
dem:* Broschen, Anhänger, Leuchter
einwandfreies Spielzeug

sowie: Gesunde Nahrung, Fruchtsäfte
Seifen, Hautöle u. a. Körperpflegemittel

*Mach Dir zum Prinzip:
Alles aus den Fackelstuben.*

DIE FACKELSTUBEN Gemeinnütziges
Unternehmen d. Jgd.
Berlin O 2, Klosterstr. 62 (gegenüber dem Stadthaus)